Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 20 (1993)
Heft: 4

Artikel: Ausländer in der Schweiz : Probleme, aber auch Reichtum
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910332

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

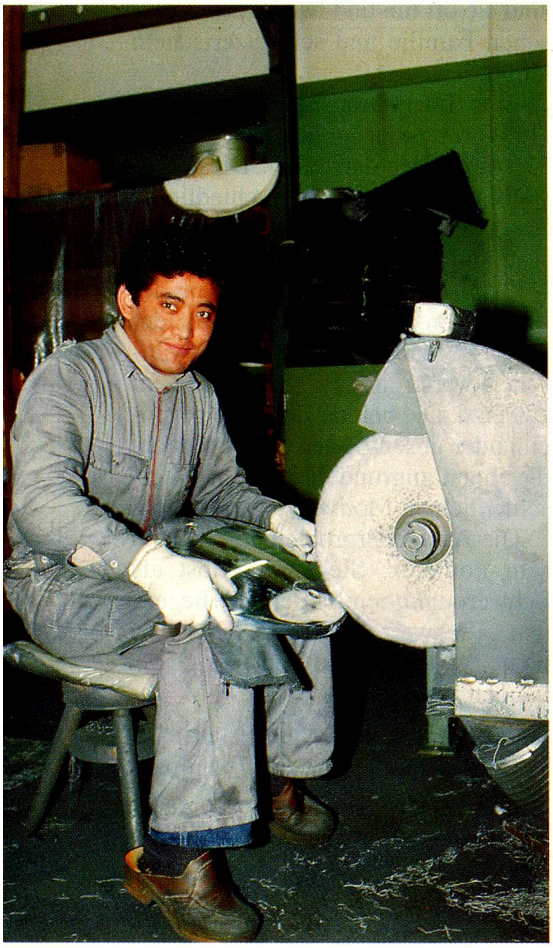
Probleme, aber auch Reich

«Ich glaube, dass Ausländer überall auf die gleiche Art und Weise behandelt werden. Man mag sie vor allem dann, wenn man in ihren Ländern die Ferien verbringt. Wer Ausländer nicht mag, hat in Wirklichkeit Angst vor ihnen. Es ist ja auch erlaubt, sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz und um den Verlust von Wohlstand zu machen. Doch es wäre falsch zu glauben, dass ein Bevölkerungsrückgang auch automatisch mehr Arbeitsplätze bringen würde. In der Wirtschaft hat sich das Gegenteil gezeigt. Was die Wirtschaft braucht, ist Mobilität und Dynamismus.»* Mit dieser Meinung bringt Vittorino Pozza, ein Italiener, der seit 32 Jahren in Renan im Berner Jura lebt, das Verhältnis der Schweiz zu den Ausländern auf den Punkt.

Laut Ausländerstatistik betrug die ständige ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz Ende April 1993 1 228 294 Personen, was 17,8 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Schweiz ist somit nach Luxemburg in Europa das Land mit dem höchsten Ausländeranteil. 67 Prozent der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz stammt aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), 18 Prozent aus Ex-Jugoslawien und 6 Prozent aus der Türkei. Wenn man die Jahresaufenthalter, Saisonniers, Asylbewerber, Grenzgänger und ausländischen Beamten mit ihren Familien hinzuzählt, steigt die Zahl der Ausländer auf nahezu 1,5 Millionen.

Pierre-André Tschanz

* Aus «Intervalles», Nr. 34, Kulturzeitschrift für den Berner Jura und Biel.



Ohne Ausländer würden ganze Wirtschaftszweige zusammenbrechen.

Ein Wirtschaftsfaktor

Es kann nicht bestritten werden, dass der hohe Anteil an Ausländern verschiedene politische, psychologische, soziale und wirtschaftliche Probleme verursacht. Andererseits stellt er auch eine wirtschaftliche, kulturelle und moralische Bereicherung dar.

Obwohl keine offiziellen Zahlen über den Anteil, den die Ausländer am schweizerischen Bruttosozialprodukt erwirtschaften, vorhanden sind, besteht kein Zweifel daran, dass die Schweiz ihr Bruttosozialprodukt von 32 790 Dollar pro Einwohner, – was sie zum reichsten Land der Welt macht –, ohne die Ausländer nicht erarbeiten könnte. Die einzige Studie, die es dazu gibt, ist von 1975 und beziffert den Beitrag der Gastarbeiter zu unserem Bruttosozialprodukt auf 33,3% (Ram Dayal: «Role of foreign workers in the Swiss economy»). Zudem würden ohne Ausländer ganze Wirtschaftsbereiche zusammenbrechen. 45 Prozent der in der Schwerindustrie und in der Feinmechanik Beschäftigten sind Ausländer. Im Baugewerbe sind es 36 Prozent, die Saisonniers, die in dieser Branche eine wichtige Rolle spielen, nicht eingerechnet. Und was würde erst aus der Schweizer Hotellerie und dem Gastgewerbe ohne ausländische Arbeitnehmer?

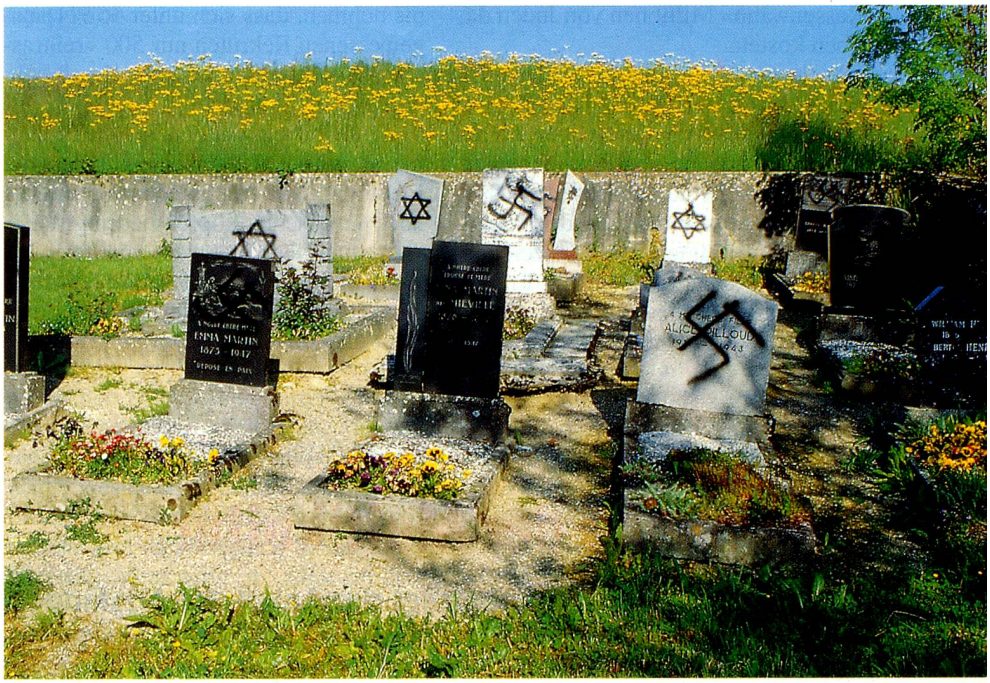
Die heutige Rezession bekommen die Ausländer, neben den Frauen, als erste zu spüren. Die Arbeitslosenquote, die in der Schweiz im Juni 1993 4,4 Prozent betrug, belief sich bei den Ausländern auf 7,7 Prozent, während sie bei den Schweizern bei 3,5 Prozent lag.

Politik der Stabilisierung

Die Schweizer Regierung verfolgt seit gut zwanzig Jahren bei den ausländischen Arbeitnehmern eine nicht ganz problemlose Politik der Stabilisierung. Durch den Wirtschaftsboom der sechziger Jahre kam es zu einer starken Zunahme der Einwanderung in die Schweiz und parallel dazu auch zu fremdenfeindlichen Bewegungen. 1970 hatte eine knappe Mehrheit der Schweizer nach einer leidenschaftlich geführten Kampagne eine Volksinitiative (Schwarzenbach-Initiative) abgelehnt, deren Ziel die Senkung der ausländischen Wohnbevölkerung um ein Drittel war. Ein paar Jahre später kamen die Erdölkrise und die Rezession den Stabilisierungsbemühungen der Regierung entgegen. Schätzungsweise 300 000 Ausländer wurden Opfer des Produktionsrückgangs. Damals hiess es, die Schweiz habe ihre Arbeitslosenprobleme «exportiert». Seit etwa zehn Jahren haben zuerst die wirtschaftlichen Bedürfnisse und danach die Migrationsbewegungen zu einem erneuten Anstieg der Ausländerzahlen in der Schweiz geführt.

tum

Rassismus, der «Bruder» der Fremdenfeindlichkeit, machte in den letzten Jahren auch in der Schweiz von sich reden. Unser Bild: ein geschändeter Friedhof. (Fotos: RDZ)



Das Drei-Kreise-Modell

Eine Teilnahme der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hätte die Lage der meisten Ausländer in der Schweiz stark verändert, da alle Staatsangehörigen aus westeuropäischen Ländern in den Genuss der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb des EWR gekommen wären. Die Fachleute sind sich denn auch einig darüber, dass am 6. Dezember 1992 die Furcht vor dem freien Personenverkehr eine wichtige Rolle bei der Ablehnung des EWR-Beitritts gespielt hat.

Aufgrund des negativen Abstimmungsresultats hat die Schweiz ihre Ausländergesetze beibehalten. Auch wenn sie am Europäischen Wirtschaftsraum nicht teilnimmt, kommt es jedoch zu Veränderungen. Die Regierung stützt sich in ihrer Ausländerpolitik heute auf das sogenannte Drei-Kreise-Modell: Liberalisierung der Einwanderungspolitik für westeuropäische Länder (erster Kreis) und Aufhebung des Saisonnierstatuts, Bewilligungsverfahren für Staatsbürger aus traditionellen Rekrutierungsländern der Schweiz (zweiter Kreis) wie Ex-Jugoslawien, Türkei, USA oder Kanada, und Arbeitserlaubnis nur in Ausnahmefällen für Staatsbürger aus den übrigen Ländern (dritter Kreis).

Um den tatsächlichen Verhältnissen in der Schweiz gerecht zu werden, bedürfen die vorangegangenen Ausführungen über die Ausländerstatistik, die wirtschaftliche Rolle der Ausländer in der Schweiz und die offizielle Ausländerpolitik weiterer Erläuterungen: Ungefähr ein Drittel der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz (ca. 300 000 bis 400 000 Personen, genaue Zahlen sind nicht vorhanden) wurden in der Schweiz geboren oder haben die Schulen in diesem Land besucht (zweite und dritte Ausländergeneration). Dazu kommt eine sechsstellige Zahl von Ausländern der ersten Generation (genaue Zahlen sind nicht verfügbar!), die – wie Vittorino Pozza aus Renan – seit Jahrzehnten in der Schweiz leben und oft (trotz ihres ausländischen Passes) noch schweizerischer als die Schweizer denken und handeln. ■

Über die «Rassenlehre»

Ein Irrtum mit fatalen Folgen

Rassismus ist ein Phänomen der jüngeren europäischen Geschichte. Als Wissenschaft mündete er in eine Sackgasse, als Ideologie in eine Katastrophe.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind in den letzten Jahren auch in der Schweiz in die Schlagzeilen geraten. Wenn es nach dem Willen von Bundesrat und Parlament geht, soll die Schweiz deshalb einer UNO-Konvention von 1965 beitreten, die dem Rassismus den Kampf ansagt. In der Debatte über verschärfte Gesetze zur Durchsetzung dieser Konvention wehrten sich politisch rechtsstehende Kreise mit dem fadenscheinigen Argument der freien Meinungsäusserung gegen dieses Ansinnen. Es handle sich um Gesetze «gegen die weisse Rasse», hat ein Nationalrat der Autopartei dabei behauptet. Diese Äusserung beweist, dass das Rassendenken, obschon längst als Mythos entlarvt, noch immer weit verbreitet ist.

Die Lehre von den «Rassen» geht auf die Zeit der Aufklärung in Europa zurück. Unter der Ägide und im Gefolge des schwedischen Hofarztes Carl von Linné, der 1735 ein Buch mit dem Titel «Das vollständige Natursystem» veröffentlichte, versuchten Forscher die menschliche Vielfalt zu erfassen und in ein System einzuordnen. Dabei orientierten sie sich zunächst an Hautfarbe und Kopfform, strebten aber mit der Zeit nach immer feineren Unterscheidungsmerkmalen – und mussten dabei feststellen, dass die Unterschiede innerhalb einer «Rasse» oftmals grösser waren als zwischen den «Rassen». Die letzte Konsequenz dieser wissenschaftlichen Bemühungen ist demnach, dass sich ein «Rassen»-Konzept nur halten liesse, wenn praktisch jeder Mensch eine eigene «Rasse» bildete.

Und trotzdem hält sich das Denken in «rassischen» Kategorien bis heute hartnäckig am Leben. Fatal daran ist, dass die an und für sich harmlosen physischen und physiologischen Unterschiede bereits im 19. Jahrhundert mit moralischen und sozialen Werten vermengt wurden. Damit gelang es, andere «Rassen» als minderwertig zu definieren und deren Eroberung oder gar Vernichtung zu rechtfertigen. Kaum erstaunlich dabei, dass die Europäer sich selbst zur höchsten Stufe der Schöpfung erklärten. Die «Rassenlehre» formierte so den ideologischen Unterbau zur kolonialen Eroberung durch die europäischen Mächte. Die bisher schlimmsten Folgen zeitigte sie im nationalsozialistischen Deutschland, wo ein eigentlicher